

**KUNDGEBUNG AM LANDTAG MIT DER FORDERUNG NACH EINEM VERFASSUNGSGEMÄSSEN GESETZ FÜR DEN EINSATZ VON BODYCAMs IN WOHNUNGEN**

# Bodycam muss möglich sein

**B**ühne aufgebaut, Darsteller bereit, pünktlich um 12 Uhr folgten die ersten Abgeordneten der Einladung der GdP ans Rheinufer in Mainz. Hier tagte am 16. September das Plenum des Landtags aufgrund der Baustelle am Deutschhausplatz in der Rheingoldhalle und behandelte unter dem Tagesordnungspunkt IV die Anpassung des POG.

Vorher wurden den Abgeordneten von uns darstellerisch gezeigt, wie sich die Bodycam positiv bei Einsätzen auswirken kann. So wählten wir eine der häufigsten Situationen aus, die sich in Wohnungen abspielt: einen Fall von Gewalt in engen sozialen Beziehungen. Neben dem Informationsmangel bezüglich des Sachverhaltes treffen die Streifenteams hier regelmäßig auf völlig unbekannte Wohnsituationen, in denen sich das polizeiliche Gegenüber selbst bestens auskennt. Gefährliche Gegenstände wie Messer sind in jedem Haushalt üblich. Gibt es Tiere oder gar Waffen? Das ist nur in Ausnahmefällen vorher zu ermitteln. Auch die Anzahl der Menschen in den Wohnungen ist zumeist unbekannt.

In der nachgestellten Situation wurde gar nicht alles gezeigt, was Mann oder Frau draußen schon alles erlebt haben könnte. Es genügte die Darstellung der Situation einmal mit dem Hinweis auf das Einschalten der getragenen Körperkamera und einmal ohne. Es kann davon ausgegangen werden, dass zumindest einigermaßen zugängliche Störer einsichtig werden und „herunterfahren“, wenn das Videografieren angekündigt wird.

## Zur Vorgeschichte

Mit der POG-Novelle 2017 wurde die Bodycam in das rheinland-pfälzische POG aufgenommen. Nach dem Wortlaut der Norm und dem Willen des damaligen Gesetzgebers war und ist die Bodycam jedoch lediglich auf die Nutzung im öffentlichen Raum begrenzt. Bereits zum damaligen Zeitpunkt hatte die AG Gewalt gegen Polizeibeamte mit ihrem Leiter Heiko Arnd unterstützt bzw. deren Notwendigkeit formuliert. Auch der Bericht zur Gewalt gegen Polizeibeamte aus dem Jahr 2019 stellte fest, dass 50 % aller Straftaten gegen Polizeibeamte im nicht öffentlichen Raum stattfindet.

Bei der aktuellen Anpassung des POG, erforderlich insb. durch die EU-Datenschutzreform, spielt die Nutzung der Bodycam in Wohnungen wiederum keine Rolle, obwohl durch die GdP mehrfach gefordert, einmal in der Stellungnahme des DGB im Gesetzgebungsverfahren in einer weiteren Stellungnahme zur Anhörung im Innenausschuss am 19. August 2020. Hier kamen mehrere Fachleute zu den beabsichtigten Anpassungen im Gesetz zu Wort. Die als Sachverständige eingeladenen Landesvorsitzende Sabrina Kunz bewertete die Überarbeitung des Gesetzes aus gewerkschaftspolitischer Sicht und wiederholte die Forderung nach dem Einsatz der Bodycam in Wohnungen. Keiner der weiteren Experten schloss den Einsatz der Körperkameras in Wohnungen von vornherein aus. In den Bundesländern Bayern, Mecklenburg-Vor-



Fotos: René Klemmer

Die Landesvorsitzende Sabrina Kunz im Interview zu der Aktion.

pommern und Nordrhein-Westfalen ist diese Befugnisnorm vorhanden. Hier wurde ein Überwiegen des Schutzbedürfnisses der Kolleg/-innen erkannt und fortschrittlich geregelt. Und ja, hier gibt es Verfassungsbeschwerden. Die kann man jetzt abwarten, man kann aber schon vorher an einer verfassungskonformen Lösung arbeiten. Die Eigensicherung unserer Kolleg/-innen ist es auf jeden Fall wert. ■



Steffi Loth erläutert den Abgeordneten den Sinn der Aktion vor dem Tagungsort des Landtages.



Blick in die Wohnung bei einem Fall von häuslicher Gewalt, die überzeugenden Darsteller: Alexander Gehring, Martin Kohl, Steffi Grün und Jasmin Krause (v. l. n. r.).

„ Ewald Scheuer, Vorsitzenden des Fachausschusses

Miteinander, füreinander, das macht uns stark  
in allen Lagen des Lebens - Arbeitslebens

FACHTAGUNG DES FACHAUSSCHUSSES GESUNDHEIT, ARBEITSSCHUTZ UND ANGELEGENHEITEN BEHINDERTER MENSCHEN

# Das Personal ist unsere größte und beste Ressource, eine Investition in dessen Gesundheit ist es immer wert!

Ewald Scheuer und sein Team organisierten eine hochkarätig besetzte und sehr informative zweitägige Sitzung. Deren Inhalte lockten nicht nur die Mitglieder des Fachausschusses nach Bingen am Rhein, sondern auch die Staatssekretärin Nicole Steingaß, die zu Beginn ein einleitendes Grußwort sprach und zugesagt hat, zu dem Thema im Gespräch zu bleiben.

Danach folgte der informationsgeladene Vortrag von Prof. Dr. Bodo Plachter von der Universitätsmedizin Mainz, der eloquent durch die Welt der Virologie führte. Nach der Erläuterung von Coronaviren, deren Biologie und Klinik, die mittlerweile für Geneigte ja schon zum Standardwissen gehören, ging es um die Darstellung des Verlaufs der Pandemie und anhand einer Deutschlandkarte mit über-

mittelten Fällen der letzten sieben Tage zu den Schwierigkeiten der Nachvollziehbarkeit der Infektketten.

Der Virologe beschreibt einen Rückgang der Sterblichkeit, derzeit seien viele junge Leute infiziert, die eine Infizierung oft nicht bemerken und oft nicht zum Arzt gehen. Ein Zwischenfazit von ihm lautet hier: In Rheinland-Pfalz haben wir eine relativ niedrige Zahl an Fällen und an aktueller Zunahme von Fällen, die Maßnahmen sind gut gewählt.

## Diagnostik

Herr Plachter erklärt die verschiedenen Arten der Tests. Nachweise erfolgen entweder

über einen Nasen-Rachen-Abstrich, einen Nukleinsäure-Nachweis (Corona-Test) oder Antigen-Nachweise/Schnellteste, die sich noch in der Entwicklung befinden. Weiter gibt es die Analyse der Antikörper (Blutprobe) mit der Fragestellung über zurückliegende Infektionen, diese Tests sind eher für die Forschung interessant. Die Anzahl der Testungen deutschlandweit stieg von 125.000 auf 11.000.000 (verzehnfacht, Verdopplung der Labore) an und führt zu personellen und organisatorischen Kapazitätsgrenzen. Mehr Tests gehen derzeit nach Einschätzung des Fachmanns nicht.

## Therapie

Derzeit gibt es keine spezifische Therapie, so Plachter. Zu dem Medikament Remdesivir, ein niedrig dosiertes Cortison und rekonvaleszente Plasmen, gebe es noch keine finalen Studienergebnisse. Dieses kann helfen, wenn es früh gegeben wird, um Todesfälle zu verhindern oder schwere Verläufe abzumildern.

Anhand einer Quelle des Deutschen Ärzteblatt beschreibt der Wissenschaftler die Risikogruppen und bilanziert: In allen Altersgruppen kann man an COVID sterben. Die höheren Quoten gibt es natürlich in höheren Altersgruppen und warnt, dass es bei jüngeren gravierende Folgen geben kann, die die Menschen einschränken. Er gibt die Empfehlung im Herbst/Winter bei Altersheimen vorsichtiger zu sein und insgesamt strengere Regelungen einzuführen.

Ewald Scheuer (links) Vorsitzender des Fachausschusses Gesundheit bedankt sich bei Prof. Dr. Plachter für den Vortrag auf hohem Niveau, der aber auch für Laien gut verständlich war.

## Mögliche Hygienemaßnahmen

Professor Plachter betont, dass es keinesfalls nur eine Maßnahme gebe, sondern mehrere Regeln befolgt werden müssen. Das sind: Mund-Nasen-Schutz, Visier/Schutzbrille, Flächendesinfektion (gering in der Wirkung), Schulungen, Lüften, technische Raumluftanlagen (große teure Anlagen, von kleinen rät er ab, da sie nur noch verwirbeln), getrennte Gruppen, Austauschteams, Gruppengröße reduzieren, Pausen anpassen, feste Sitzordnung, Nies- und Hustenetikette, Besucherregelung, Wegführung (Aufkleber am Boden), Dokumentation/Nachverfolgung und einen Hygienebeauftragten einrichten. Am besten sei es, mehrere Maßnahmen anzuwenden, die an die Situationen angepasst würden. Hier sollte eine Einheitlichkeit beachtet und die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden.

## Impfungen

Aktive und passive Impfungen seien zukünftig möglich, so der Vortragende. Es laufen derzeit mehrere Verfahren. Einem Appell von Prof. Dr. Plachter zur Influenzaimpfung setzte der Fachausschuss direkt um und veröffentlichte zeitnah ein Flugblatt zu diesem Thema, das dazu führte, dass die Anmeldezahlen für die Gripeschutzimpfung danach sozusagen „durch die Decke“ gingen.

## Gefährdungsbeurteilung

Weiterer großer Themenkomplex am zweiten Tag war die Gefährdungsbeurteilung



Stefan Sell, Professor für Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und Sozialwissenschaften am RheinAhrCampus legte den Finger in die Wunde, was die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen angeht und stellte die kritische Frage, warum in den Medien die gute Arbeit der Polizei in der Corona-Krise nicht erwähnt wurde.

psychischer Belastungen. Hintergründe und Eckdaten lieferte Stefan Eberz, Psychologe der HdP, der in die Erarbeitung der Konzeptstrategie eingebunden ist.

Während psychische Erkrankungen früher ein Tabu waren, haben sie in den letzten beiden Jahrzehnten um mehr als 70 % zugenommen. Sie bewirken deutlich längere Ausfallzeiten als andere Erkrankungen und bergen zudem eine lebenslang hohe Rückfallquote. In 2017 gingen 43 % aller Frühberentungen auf psychische Erkrankungen zurück.

Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber seit 2013 einen gesetzlichen Auftrag zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen der psychischen Belastungen festgeschrieben und die Arbeitgeber verpflichtet, dies zu tun.

Dass es insbesondere für Polizeibeschäftigte hohe Belastungen gibt, liegt auf der Hand. Es gibt jedoch weder eine auswertbare Datenbasis noch bislang durchgeführte Gefährdungsbeurteilungen dieser Belastungen. Es wird also höchste Zeit, sieben Jahre sind schon verstrichen.

Wie eine solche Erhebung aussehen könnte bzw. welche Möglichkeiten bereits

erhoben wurden seitens HdP und Zentralstelle für Gesundheitsmanagement (ZfG), stellt Stefan Eberz ebenfalls dar.

## Wie geht's weiter?

In der Gruppe wurde anschließend der weitere Weg diskutiert. Die Entwicklung gezielter Maßnahmen sowie deren Evaluation müssen folgen, um die Nachhaltigkeit zu sichern. Forschung im Zusammenspiel mit HdP, ZfG sowie Universitäten muss hier stattfinden. Auch eine Schnittstelle zwischen Forschung und der Implementierung der Maßnahmen muss stattfinden. Eine große Rolle kommt auch der Supervision zu. Verena Horn, stellvertretende Landesvorsitzende kommt zu dem treffenden Fazit: „Gesundheit kostet Geld! Eine finanzielle Sicherung der Themen Arbeits- und Gesundheitsschutz durch Bereitstellung von entsprechenden Haushaltsmitteln muss her, um den gesetzlichen Vorgaben umfänglich nachkommen zu können.“

Für diese und weitere Folgerungen setzt sich der Fachausschuss ein. ■



Staatssekretärin Nicole Steingaß betont die gute Arbeit der Polizei während der Corona-Pandemie in ihrem Grußwort.



DIE JUNGE GRUPPE (GdP) RLP WAR IM SEP-TEMBER ZU GAST BEI INNENMINISTER ROGER LEWENTZ

## Es bleibt bei 580!

Der Minister sprach sehr offen mit unseren Vertreter\*innen und zeigte sich weiterhin offen für die Idee des Jobrades bzw. Fahrradleasings! „In dem Thema läuft ihr bei mir offene Türen ein!“

Eines ist jedoch klar: Dieses Projekt kann nicht nur auf Polizeibeamten\*innen begrenzt werden, daher erfordert es auch an anderer Stelle Überzeugungskraft. Die GdP bleibt „am Rad“ und wird über das Thema nochmal gesondert berichten!

Lewentz bestätigt, dass die Einstellungszahlen auch für das Jahr 2021 bei 580 liegen werden. Das gemeinsame Ziel von 10.000 Beamten\*innen soll damit im Jahr 2024 erreicht werden! Der Innenminister machte nochmal deutlich: Er steht vor (und hinter) seiner Polizei und Demokratiefeinde haben in unseren Reihen nichts zu suchen! ■



Gute Stimmung im Ministerbüro: Christian Weinmann, Jennifer Otto, Christoph Hanschke und René Vroomen zu Gast bei Innenminister Roger Lewentz mit Björn Neureuter aus dem Referat Personal der freundlicherweise das Foto machte.

BESUCH BEI DER BÜRGERBEAUFTRAGTEN DES LANDES RHEIN-LAND-PFALZ UND DER BEAUFTRAGTEN FÜR DIE LANDESPOLIZEI

## Instrument der Polizeibeauftragten ist wertvoll

Im Fokus beim Besuch der GdP bei der Polizeibeauftragten stand die aktuelle Diskussion rund um die Vorwürfe gegen die Polizei wegen möglicher rassistischer Strukturen und Denkweisen sowie angeblicher Polizeigewalt. Es gibt wenig bis gar kein Datenmaterial über

die Polizei, da wird auf die Statistik der Polizeibeauftragten gerne zurückgegriffen.

Barbara Schleicher-Rothmund schildert eindrucksvoll, wie viele Anfragen zu allen möglichen Themen des öffentlichen Lebens bei ihr ankommen, die dann auch alle von

ihr selbst oder ihrem Stellvertreter Herman Josef Linn durchgelesen würden. Aktuell gebe es auch sehr viele Anfragen zu dem Polizeieinsatz in Ingelheim am 15. August 2020 aber auch solche von Gegnern der Corona-Maßnahmen. Abgenommen hätten dagegen Eingaben seitens Polizeibeamtinnen oder Polizeibeamter zum Thema „Gesünder Arbeiten“ in der Polizei. Die Polizeibeauftragte sagte einer wissenschaftlichen Studie auf jeden Fall ihre Unterstützung zu. Die GdP konnte die rheinland-pfälzischen Abgeordneten 2013 davon überzeugen, dass man keine Beschwerdestelle gegen die Polizei braucht, sondern eine/n Beauftragte/n für die Landespolizei. ■

Der Austausch hat sich gelohnt, mit dabei: Steffi Loth, Ingo Volp, Ingo Schütte, Barbara Schleicher-Rothmund, René Klemmer und Sabrina Kunz (v.l.n.r.).



### Sterbefälle

Ursula Schumacher,  
KG PP/PD Koblenz, 88 Jahre

## Nachruf Gerhard Wagner

Mit Gerhard Wagner haben wir sowohl einen Polizisten und Menschen mit Leib und Seele als auch einen Gewerkschafter und Personalrat aus vollster Überzeugung verloren. Er war Vorbild, Kollege und väterlicher Freund. Kaum einer hat sich jemals so lange und in dieser diplomatischen und besonnenen Weise für und in der GdP engagiert, wie Gerhard es getan hat. 41 Jahre war Gerhard Mitglied in der GdP und jahrzehntlang hat er aktive Gewerkschaftsarbeit gemacht. Er war durch und durch Personalrat und hat zahlreichen Kollegen/innen mit ihren Problemen geholfen und sie begleitet, selbstlos und sie in den Mittelpunkt stellend, nicht sich.

Wir werden sein Andenken immer in liebender Erinnerung bewahren.



## Nachruf Manfred Groß

Unser verstorbener Kollege Manfred Groß wurde 49 Jahre alt und wir verlieren mit ihm einen Polizisten durch und durch. Er hatte immer eine klare Haltung, die er konsequent vertrat. Andere nahm er hierbei ernst und behandelte alle fair. Sachlichkeit stand bei ihm im Vordergrund. Es machte Spaß, mit ihm zu diskutieren. Diese Eigenschaften zeigten sich auch bei seiner jahrelangen Personalratstätigkeit. Zusammen lachen konnte man sehr gut mit ihm. Manni war 27 Jahre in der GdP, Kreisgruppenvorsitzender in Enkenbach-Alsenborn und stellvertretender Vorsitzender der Bezirksgruppe des PP ELT. Das Angeln darf hier nicht vergessen werden – sein Lieblingshobby. Viele hat er hier mitgenommen und eingebunden. Es ist ein großartiger Mensch von uns gegangen, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.



DP – Deutsche Polizei  
Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (06131) 96009-0  
Telefax (06131) 96009-99  
www.gdp-rp.de  
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion  
Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)  
Gewerkschaft der Polizei  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (06131) 96009-0  
Telefax (06131) 96009-99  
stefanie.loth@gdp.de

ISSN 0170-6470



Grafik: GdP RP

AUS DEM HAUPTPERSONALRAT POLIZEI (HPRP)

# Gründliche Studie für die Polizei Rheinland-Pfalz, Roger Lewentz: „Aus der Not eine Tugend machen“

Folgende Themen wurden in der Oktobersitzung behandelt

## Berichte

Im Innenministerium gibt es aktuell Überlegungen zum Umgang mit einer Verschärfung der Situation rund um Corona. Hier sollen die AHA-Regelungen dort, wo sie noch nicht angewandt werden, intensiver umgesetzt werden, z. B. wenn man eine Dienststelle besucht, füllt man eine Selbstauskunft aus.

Die AG Gewalt verfügt über zwei neue Mitglieder und hat Unterarbeitsgruppen gebildet hat, um die einzelnen Bereiche zu bearbeiten wie z. B. das Themenfeld „Kümmerer“. Im Intranet sind unter dem Suchbegriff „was nun?“ Infos zu finden, was man tun kann, wenn man Opfer von Gewalt wurde. Hier erfolgte eine Ergänzung jetzt auch für den Bereich Tarif.

## Ausschreibung zur Ausbildungsqualifizierung für die Ämter ab dem vierten Einstiegsamt 2021/2022

Der alljährlichen Ausschreibung wurde durch das Gremium zugestimmt.

## Einstellung von IT-Kriminalisten

Das Thema wurde durch Dorothee Konrad aus dem Ref. 342 und Michael Thönnies aus dem Ref. 348 ausführlich in der Sondersitzung des

HPR vorgestellt und erörtert. Die Vorlage umfasst die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, in der z. B. Fragen zu den Arbeitsaufwänden erörtert werden können. Die Notwendigkeit der Maßnahme steht aufgrund des Fachkräftemangels im IT-Bereich außer Frage und so wurde hier eine Zustimmung erteilt.

## Erörterung zu den aktuellen Debatten zu Rassismuskorrekturen

Herr Innenminister Roger Lewentz stellt dem Gremium einen 10-Punkte-Plan vor, der sich mit der aktuellen Debatte zu Rassismuskorrekturen in der Polizei beschäftigt. Hierbei leitet er zu dem Thema hin, wie gut die Polizei mit der besonderen Corona-Situation zurechtkommt und erläutert die verschiedenen Diskussionsstände zum Thema Rassismus. Er betont, dass er sich eine auf Dauer angelegte, breit aufgestellte Studie wünsche, die sich auch damit befasst, was den Polizistinnen und Polizisten unter den Nägeln brennt.

## Erörterung zu organisatorischen Überlegungen im Diensthundewesen

Martin Kuntze, Einsatzreferent im Innenministerium, erläutert die Überlegungen des Ministeriums, das Tätigkeitsfeld der Personenspürhunde einzustellen, dem so nicht zugestimmt wurde.

## Anpassung der Rahmenkonzeption taktische Kommunikation

Es erfolgten geringfügige Anpassungen eines bewährten Konzeptes, wie die Einfüh-

rung von polizeilichen Sicherheitssprechern sowie ein allgemeingültiges Anforderungsprofil.

## Rahmendienstleistungsanweisung für szenekundige Beamten/innen Rheinland-Pfalz

Eine Anpassung war erforderlich geworden und ihr wurde zugestimmt, aufgrund der Veränderungen in der Fußballlandschaft z. B. am Standort Kaiserslautern, die Anzahl der hauptamtlichen SKB soll beibehalten werden. Weiter soll es bei den Leitern nun eine absolute Höchstverwendungszeit von zehn Jahren geben, bei der sich der HPR für begründete Ausnahmefälle ein wenig mehr Flexibilität wünscht.

## Rahmenkonzeption Verkehrssicherheitsarbeit

Hier handelt es sich um einen Rahmen zur gesamtheitlichen Gestaltung der Verkehrssicherheitsarbeit, der modular noch durch einzelne Fachkonzepte ausgestaltet wird. Hierzu gehört auch das Fachkonzept Personal. In der Arbeitsgruppe zu diesem Thema wurde intensiv erörtert, dass viele Tätigkeiten durch Tarifpersonal in der spezialisierten Verkehrsüberwachung geleistet werden könnten. Weiter ist wichtig, Polizeibeamte herauszulösen und Tarifpersonal einzusetzen, diesem Rahmenkonzept wurde zugestimmt. ■

Sabrina Kunz 06131/16-3365  
René Klemmer 06131/16-3378  
Steffi Loth 06131/16-3379 oder /65-3040  
Sven Hummel 06131/16-3380  
Ingo Schütte 06131/16-3323 oder /65-3030  
Gabriele Schramm 06131/16-3381

# Ein starkes Team für die Polizei!



Gewerkschaft  
der Polizei

**PVAG** Die Polizeiversicherung der  
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe



### Für alle Polizeibeschäftigten bleiben wir gemeinsam am Ball.

Als weltweit größte Interessenvertretung der Polizei setzt sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) für Ihre beruflichen Belange ein. Die PVAG Polizeiversicherungs-AG, das Gemeinschaftsunternehmen der GdP und SIGNAL IDUNA Gruppe, bietet Ihnen als berufsständischer Versicherer spezielle Absicherung und Vorsorge.

GdP und PVAG – Ein starkes Team im Einsatz für Sie. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Organisationsdirektion West, Regionalleiter Rainer Pelzl  
Mobil 0174 9051142, Telefon 069 2985-503, rainer.pelzl@signal-iduna.de



## Verjährungsfristen

### Reisekosten

Die Reisekostenvergütung und das oftmals damit verbundene Tagegeld bei Dienstreisen von mehr als acht Stunden Dauer ist innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten gem. § 3 Abs. 3 LRKG bei der Reisekostenstelle elektronisch zu beantragen.

Die Verjährungsfrist gilt auch für eine Pauschvergütung nach § 14 LRKG, beispielsweise dem Leihengeld, da diese ebenfalls gem. § 1 Abs. 3 Nr. 8 LRKG unter den Begriff der Reisekostenvergütung fällt.

### Trennungsgeld

Das Trennungsgeld ist innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten nach Beginn der Maßnahme bei der Reisekostenstelle elektronisch zu beantragen. § 17 Abs. 4 LRKG verweist hier auf die Verjährung nach § 3 Abs. 3 LRKG.

### Besoldung

Ansprüche auf Besoldung, darunter fallen auch Zulagen und Zuschläge, verjähren gem. § 18 LBesG nach drei Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist.

Wenn z. B. in diesem Jahr festgestellt wurde, dass eine Zulage bei den Bezügen nicht berücksichtigt wurde, dann tritt die Verjährung mit Ablauf des 31. Dezember 2023 ein.

### Beihilfe

Der Anspruch auf Gewährung einer Beihilfe erlischt gem. § 64 BVO, wenn diese nicht innerhalb von zwei Jahren nach der Entstehung der Aufwendungen geltend gemacht wird. Bei Arztrechnungen gilt das Datum der Rechnung, bei Rezepten das Kaufdatum. ■



Alle stolzen Jubilare: Wolfgang Hill, Udo Ding, Horst Wilbert und Bernd Bönder, dazu King Karl Bodtländer (Vierter von links) und Ingo Schütte (ganz rechts).

### MITGLIEDERVERSAMMLUNG KG KAISERSLAUTERN

## Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Rhein-Nahe unter Corona-Bedingungen

### Strammes Programm

Es standen die Wahlen für die Listen aller Ebenen der Personalräte an: örtlich, Gesamtpersonalrat und Hauptpersonalrat. Zuerst berichtete der Vorsitzende King Karl Bodtländer über die zurückliegenden zwei Jahre, in denen Einsatzbetreuung, Unterstützung der Sozialtage der Dienststellen und Seniorenarbeit geleistet wurde. Eine neue Idee kam zum Einsatz: die offene Vorstandssitzung. Der Kassierer Michael Flis berichtete über einen positiven Kassenstand.

Ingo Schütte, stellvertretender Landesvorsitzender, übernahm die Versammlungsleitung und führte auch die Vorstandswahlen durch. Der neue und alte Vorsitzende King Karl Bodtländer dankte den ausscheidenden Vorständlern für ihre über viele Jahre

geleistete hervorragende Arbeit und freute sich, dass einige junge Mitglieder\*innen für den Vorstand gewonnen werden konnten.

Der neue Vorstand setzt sich folgendermaßen zusammen: Desirée Bertuzzo und Tobias Schüler – stellvertretende Vorsitzende, Christiane Kappler – Kassiererin, Beate Scheid – Schriftführerin, Beisitzer: Jessica Hitz, Sarah Schäfer, Janina Laddach, Rouven Bösand, Jürgen Schwenk, Werner Peter und Wolfgang Hill.

Im Anschluss berichtete Ingo Schütte zu verschiedenen GdP-Themen auf Landesebene, z. B. Freie Heilfürsorge, wissenschaftliche Untersuchung der Polizei und verschiedene technische Ausstattungen. Ingo Schütte und King Karl Bodtländer nahmen dann die Ehrungen der Mitglieder vor, wobei er auch im Namen des Landesvorstandes jedem Einzelnen herzlich für 40 Jahre Mitgliedschaft in der GdP dankte. ■

### EHRUNG BEI DER MITGLIEDERVERSAMMLUNG KG KAISERSLAUTERN



Foto: Sebastian Christmann

Bei der Mitgliederversammlung wurden im Lautrer Wirtshaus die Kandidaten für die Personalratswahlen 2021 aufgestellt, Vorstandsmitglieder nachgewählt und vier Ehrungen vorgenommen. Hier freut sich David Giesler mit Paul Alt für 60 Jahre treue Mitgliedschaft in der GdP.